



Verwaltungsrat

350. Tagung, Genf, 4.–14. März 2024

Institutionelle Sektion

INS

Datum: 14. Februar 2024

Original: Englisch

Dreizehnter Punkt der Tagesordnung

Entwicklungen bei der Anwendung der Entschlieung über die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine unter dem Aspekt des Mandats der Internationalen Arbeitsorganisation

► Einleitung

1. Auf seiner 344. Tagung (März 2022) nahm der Verwaltungsrat eine Entschlieung über die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine unter dem Aspekt des Mandats der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) an.¹ In der Entschlieung ersuchte der Verwaltungsrat die IAO, den dreigliedrigen Mitgliedsgruppen in der Ukraine jede mögliche Unterstützung zukommen zu lassen. Ferner fasste er den Beschluss, die fachliche Zusammenarbeit oder Hilfe des IAA für die Russische Föderation, mit Ausnahme von humanitärer Hilfe, vorübergehend einzustellen sowie Einladungen an die Russische Föderation zur Teilnahme an allen Tagungen, die im Ermessen des Verwaltungsrats liegen und deren Zusammensetzung von ihm festgelegt wird, etwa Fach- und Sachverstndigentagungen, Konferenzen und Seminare, auszusetzen, gleichzeitig jedoch die fachliche Zusammenarbeit oder Hilfe für alle anderen in den Zuständigkeitsbereich des Fachuntersttzungsteams der IAO für menschenwürdige Arbeit und Landesbüros für Osteuropa und Zentralasien (DWT/CO-Moskau) fallenden Länder fortzuführen.

¹ GB.344/Resolution.

2. Auf seiner 349. Tagung (Oktober–November 2023) ersuchte der Verwaltungsrat nach Prüfung des letzten Berichts des Amtes über die Entwicklungen im Zusammenhang mit der Entscheidung² den Generaldirektor erneut, weiterhin auf die Bedürfnisse der Mitgliedsgruppen in der Ukraine einzugehen und die Bemühungen der IAO um die Mobilisierung von Ressourcen für die Ukraine auszuweiten, die Bemühungen um die Mobilisierung von Ressourcen für andere betroffene Länder in Osteuropa und Zentralasien weiter zu verstärken und die Auswirkungen der Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine auf die Arbeitswelt weiterhin zu überwachen.³ Mit dem vorliegenden Dokument wird dem Ersuchen des Verwaltungsrats um einen Bericht über die diesbezüglichen Entwicklungen entsprochen.⁴

► Allgemeine Entwicklungen

3. Die russische Militäraggression dauert nun schon seit über zwei Jahren an und richtet sowohl in den von der Russischen Föderation besetzten ukrainischen Gebieten als auch im Rest des Landes weiterhin Verwüstungen an. Im zweiten Jahr in Folge haben die Luftangriffe über den Winter zugenommen, Menschenleben gefordert, aber auch erhebliche Sachschäden verursacht, mit negativen Auswirkungen auf die Betriebskontinuität für viele Arbeitnehmer und Unternehmen. Die Zahl der Flüchtlinge, die in die Ukraine zurückkehren, hat zugenommen, doch nach wie vor sind sehr viele Menschen von Vertreibung betroffen: Mehr als 5,9 Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine sind über ganz Europa verteilt, wovon 4,2 Millionen unter den (bis 4. März 2025 verlängerten) Mechanismus für vorübergehenden Schutz der Europäischen Union fallen, und schätzungsweise 3,7 Millionen sind Binnenvertriebene.⁵ Zwischen Februar und Oktober 2023 in den Aufnahmeländern durchgeführte Befragungen von Flüchtlingen ergaben, dass 55 Prozent der Auskunftgebenden vor ihrer Flucht vor dem Krieg berufstätig waren.⁶ Insgesamt sind die Auswirkungen des Krieges auf die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage nach wie vor schwerwiegend. Da nur wenige neue Daten verfügbar sind, stellen frühere Prognosen des IAA zu den Auswirkungen des Krieges auf die Beschäftigung in der Ukraine weiterhin die realistischste Schätzung dar.⁷ Während das Wirtschaftswachstum in jüngster Zeit positiver ausfiel als erwartet (4,9 Prozent),⁸ gab es auf dem ukrainischen Arbeitsmarkt keine wesentlichen Veränderungen. Ukrainische Flüchtlinge, die den Wunsch äußerten, in ihr Land zurückzukehren, gaben an, dass der Zugang zu Arbeit und Einkommensmöglichkeiten zu den für die Planung ihrer Rückkehr notwendigen Elementen gehört.⁹

² GB.349/INS/15.

³ GB.349/INS/PV, Abs. 641.

⁴ Die hier vorgelegten Daten spiegeln die Lage bis zum 26. Januar 2024 wider. Bei Bedarf wird das Amt dem Verwaltungsrat mündlich über die Entwicklungen seit diesem Datum Bericht erstatten.

⁵ Siehe Hohes Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR), „Operational data portal – Ukraine refugee situation“, und IOM, „Global Data Institute Displacement Tracking Matrix“, eingesehen im Januar 2024. Zur Verlängerung des vorübergehenden Schutzes siehe Europäischer Rat „Flüchtlinge aus der Ukraine: EU-Mitgliedstaaten vereinbaren Verlängerung des vorübergehenden Schutzes“, 28. September 2023.

⁶ UNHCR, *Ukraine situation: Regional protection profiling and monitoring factsheet*, Dezember 2023.

⁷ Siehe GB.348/INS/5/2, Abs. 11. Die darin enthaltenen Prognosen wurden vom Amt kürzlich ausgehend von zusätzlichen Quellen von Verwaltungsdaten bestätigt.

⁸ Ukrainische Nationalbank, *Inflation Report*, Oktober 2023.

⁹ UNHCR, *Ukraine Situation – UNHCR's 2024 plans and financial requirements*, Januar 2024.

4. Trotz der durch den Krieg verursachten Ungewissheit beschloss der Europäische Rat auf seiner Tagung am 14. und 15. Dezember 2023 die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und der Republik Moldau und erkannte Georgien den Status eines Bewerberlandes zu. Für die Ukraine und die Republik Moldau bedeutet dies, dass beide Länder ein breites Spektrum von Rechtsvorschriften an die Standards der Europäischen Union (EU) angleichen müssen, auch in den Bereichen Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik. Daneben sind die Sozialpartner und zivilgesellschaftlichen Organisationen eingeladen, sich an dem Pilotprojekt des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses als „Erweiterungskandidatenmitglied“ zu beteiligen. Mit dieser Pilotinitiative ist der Ausschuss die erste EU-Institution, die den Sozialpartnern und zivilgesellschaftlichen Organisationen der Ukraine und anderer Bewerberländer eine konkrete Möglichkeit für Engagement und Teilhabe bietet.¹⁰
5. Die Eingliederung der ukrainischen Flüchtlinge in die Arbeitsmärkte der Aufnahmeländer verbessert sich weiter: Aus europaweit durchgeführten Befragungen geht hervor, dass im April und Mai 2023 40 bis 60 Prozent der Auskunftgebenden erwerbstätig, 10 bis 20 Prozent arbeitslos und die übrigen Flüchtlinge Nichterwerbspersonen waren.¹¹ Umfragen zufolge hatten 2022 etwa 16 Prozent der Auskunft gebenden erwachsenen ukrainischen Flüchtlinge in den EU-Aufnahmeländern einen unbefristeten und 60 Prozent einen befristeten Vertrag, während die übrigen Flüchtlinge keinen Vertrag hatten (9 Prozent) oder es nicht wussten oder keine Angaben machen wollten.¹² Unterdessen äußern die befragten Rückkehrer zunehmend Bedarf an finanzieller Unterstützung, was die Notwendigkeit einer schnelleren Arbeitsmarktintegration und anhaltender Sozialschutzmaßnahmen zur Sicherung des Lebensunterhalts unterstreicht.¹³ Laut einer Umfrage vom Oktober 2023 haben sich die meisten Migranten (62 Prozent) an das Leben in ihrem Aufnahmeland angepasst. Der Anteil derjenigen, die nicht zurückkehren wollen, ist (von 8 Prozent im Oktober 2022) auf 18 Prozent gestiegen. Die Zahl derjenigen, die eine Rückkehr planen, ist nach wie vor hoch, auch wenn sie leicht zurückgegangen ist (auf 63 Prozent, gegenüber 67 Prozent im Oktober 2022).¹⁴ In diesem Zusammenhang zeigen jüngste Untersuchungen der IAO, dass während der Wiederaufbauphase gegebenenfalls ein Arbeitskräftemangel zu erwarten ist, dass aber die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze in ausreichender Zahl der wichtigste Sogfaktor sein wird, der Flüchtlinge zur Rückkehr ermutigt.¹⁵
6. Die Republik Moldau ist nach wie vor besonders vom Krieg in der Ukraine betroffen. Seit Februar 2022 haben mehr als 1 Million Ukrainer die Grenze überquert. Von den im Dezember 2023 in der Republik Moldau registrierten 112.811 Flüchtlingen – das sind 4 Prozent der derzeitigen Einwohnerschaft des Landes – standen schätzungsweise 20 Prozent unter vorübergehendem Schutz.¹⁶ Der Beschluss des Europäischen Rates zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen besiegelte den Ehrgeiz der Regierung, der Europäischen Union bis 2030 beizutreten; dementsprechend hat die Regierung eine Reformagenda zur Angleichung an den EU-Besitzstand in Angriff genommen. Das reale Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) wird

¹⁰ Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss, „[Call to EU candidate countries civil society](#)“.

¹¹ UNHCR, *Lives on Hold: Intentions and Perspectives of Refugees and IDPs from Ukraine #4*, 6. Juli 2023.

¹² Eurofound und die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, *Beschäftigungshindernisse für Vertriebene aus der Ukraine*, Juni 2023.

¹³ IOM, *Ukraine Response — Regional Analysis — Ukrainians and Third-Country Nationals: Crossing Back to Ukraine (July–September 2023)*, Dezember 2023.

¹⁴ Gradus Research Company, „[How do migration processes affect business: Special survey for Kief 2023](#)“, Oktober 2023.

¹⁵ IAO, *Prospects for achieving Ukraine's 2032 GDP target: A labour market perspective (September 2023)*, 2023.

¹⁶ Project Hope, „[Moldova](#)“, und UNHCR, „[Ukraine Refugee Situation: Republic of Moldova](#)“.

2024 bescheiden ausfallen, da der anhaltende Krieg in der Ukraine die industrielle und landwirtschaftliche Produktion weiterhin einschränken wird. Die Arbeitslosenquote wurde 2023 auf 3,7 Prozent geschätzt.¹⁷

7. Das Wirtschaftswachstum Georgiens wird sich 2024 verlangsamen, aber dank der Resilienz der Tourismusbranche und der fortgesetzten Heimatüberweisungen aus dem Ausland weiterhin zu den robustesten in der Region gehören. Dank dieses starken Wirtschaftswachstums konnte Georgien die Arbeitslosigkeit bis Ende 2023 auf den niedrigsten Stand seit 2007 (15,6 Prozent) senken.¹⁸
8. Generell verzeichneten die Länder der Subregion Kaukasus und Zentralasien – entgegen den düsteren Wirtschaftsprognosen zu Beginn der Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine – im Jahr 2022 ein höheres reales Wirtschaftswachstum (5,5 Prozent) als erwartet. Das reale Pro-Kopf-Wachstum erreichte Ende 2023 schätzungsweise 3,6 Prozent, soll aber 2024 auf 3 Prozent sinken; das bedeutet einen Rückgang der anfänglichen Vorteile aus dem verstärkten Transithandel aufgrund der sanktionsbedingten Verlagerung von Lieferketten, aber dennoch ein anhaltendes mittelfristiges Wachstum.¹⁹ Bis Ende 2023 hat der Inflationsdruck in einigen Teilen der Region teilweise nachgelassen. In vielen Ländern haben sich die Realeinkommen jedoch noch nicht von der Lebenshaltungskostenkrise des Jahres 2022 erholt. Insgesamt lag das Beschäftigungswachstum in der Region über dem mehrjährigen Trendniveau. Unter dem Druck internationaler Sanktionen könnten die zentralasiatischen Länder allerdings wegen eingeschränkter Finanzströme einen Teil der ausländischen Direktinvestitionen aus der Russischen Föderation verlieren.²⁰
9. Die Nachfrage nach Arbeitsmigranten aus den Nachbarländern ist in der Russischen Föderation nach wie vor hoch, da in dem Land, nicht zuletzt aufgrund der Abwanderung russischer Arbeitskräfte und der Mobilisierung von Arbeitnehmern für die russischen Streitkräfte, Arbeitskräftemangel herrscht.

Auswirkungen auf Arbeitsplätze, Existenzgrundlagen und Unternehmen

10. Die Beschäftigungslage in der Ukraine ist trotz des besser als erwartet ausfallenden Wachstums nach wie vor katastrophal. Die staatliche Arbeitsverwaltung schätzt die Zahl der arbeitslosen Menschen auf 2,8 Millionen, wovon fast die Hälfte verletzlischen Gruppen angehört. Auf Ersuchen der ukrainischen Regierung erstellte das Amt Beschäftigungsprognosen auf der Grundlage der Vorausschätzungen des Wirtschaftsministeriums zum BIP. Die Prognosen deuten darauf hin, dass hinsichtlich des ehrgeizigen Wachstumsziels der Ukraine bis 2032, das die Einstellung der Feindseligkeiten voraussetzt, ein erhebliches Beschäftigungsdefizit bestehen wird.²¹ Es müssen große Anstrengungen unternommen werden, um die Wiedereinglie-

¹⁷ EIU Viewpoint, „[Moldova](#)“, eingesehen am 22. Januar 2024.

¹⁸ EIU Viewpoint, „[Georgia](#)“, eingesehen am 22. Januar 2024.

¹⁹ Internationaler Währungsfonds (IWF), [World Economic Outlook database](#), Oktober 2023, eingesehen am 5. Januar 2024. IWF, [Regional economic outlook – Middle East and Central Asia: Safeguarding Macroeconomic Stability amid Continued Uncertainty](#), Mai 2023.

²⁰ S. Arzoumanian, [Spillovers from Russia to Neighbouring Countries: Transmission Channels and Policy Options](#) (IWF, September 2023), und Büro der Vereinten Nationen für Entwicklungskoordinierung, [Re-assessing Economic Risks and Spillovers](#), erscheint demnächst.

²¹ Die Prognosen verwenden verschiedene Szenarien, um die Größenordnung des potenziellen Arbeitskräftemangels aufzuzeigen. Das erste Szenario zeigt ein Defizit von 8,6 Millionen Arbeitskräften unter der Annahme, dass die Ukraine ihr BIP-Ziel erreicht und dass die Produktivität und die Beschäftigungsquoten den Vorkriegstrends folgen (37 Prozent Beschäftigungswachstum im Vergleich zu 2021). Im zweiten Szenario wird geschätzt, dass ein jährliches Produktivitätswachstum von

derung von Binnenvertriebenen und Rückkehrern zu erleichtern und Frauen eine stärkere Beteiligung am Arbeitsmarkt zu ermöglichen. So müsste beispielsweise die Zahl der erwerbstätigen Frauen bis 2032 jährlich um 5 Prozent steigen, um das BIP-Ziel für 2032 zu erreichen.²² Um die Rückkehr ukrainischer Flüchtlinge zu erleichtern, ist es wichtig, die Anreize zu erhöhen, nicht zuletzt durch verbesserte Arbeitsbedingungen, und die Anerkennung erworbener Qualifikationen und die Übertragbarkeit von Sozialversicherungsansprüchen zu gewährleisten.

11. Die Auswirkungen auf die Unternehmen sind nach wie vor schwer abzuschätzen, aber aus Gesprächen mit ukrainischen Arbeitgeberverbänden geht hervor, dass sich die meisten Unternehmen, die die Anfangsphase des Krieges überlebt haben, nach zwei Jahren Krieg an die Umstände angepasst haben, auch durch die Verlagerung von Lieferketten und Märkten in Richtung Europäische Union. Die Unternehmensverlagerungen sind rückläufig. Trotz eines positiven Rückgangs der Gesamtinflation auf 4,9 Prozent bleibt der Kostendruck auf die Unternehmen hoch, und der Zugang zu Finanzmitteln ist schwierig. Allerdings hat sich das Geschäftsklima in den vergangenen Monaten wegen eines überraschenden Wachstumssprungs im letzten Quartal 2023 leicht verbessert. Die Ungewissheit darüber, wann die Feindseligkeiten enden werden und wie beständig internationale Hilfe ankommen wird, steigende Logistikkosten aufgrund der Blockade einiger See- und Landgrenzen, hohe Kraftstoffpreise, ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und eine schwächere Nachfrage sind jedoch nach wie vor Gründe für einen relativ vorsichtigen Ausblick der Unternehmen.²³ Zwar liegen keine ausreichenden Daten vor, doch haben Arbeitgeberverbände darauf hingewiesen, dass in einigen Branchen und in einigen Regionen Arbeitskräftemangel Probleme verursacht, in anderen Teilen des Landes in denselben Branchen aber weiterhin Arbeitslosigkeit herrscht, was auf Probleme bei der Stellenvermittlung und einen Mangel an Mobilitätsanreizen hindeutet.
12. Während sich der Krieg zunächst in den meisten Ländern Mittel- und Osteuropas negativ auf das Wachstum auswirkte, erholte sich das Wachstum 2023 auf 1,7 Prozent. Der Abwärtstrend bei der Beschäftigung hat sich aber fortgesetzt, was zum Teil auf Rückgänge in der Ukraine, aber auch auf die anhaltende demografische Alterung und die Abwanderung in der größeren Region zurückzuführen ist. Dennoch bleibt die Arbeitslosigkeit in der Subregion niedrig.²⁴

► Auswirkungen auf die Mitgliedsgruppen der IAO sowie auf die Durchführung des Landesprogramms für menschenwürdige Arbeit und die Entwicklungszusammenarbeit in der Ukraine

Regierung

13. Die Mitgliedsgruppen der IAO in der Ukraine – das Wirtschaftsministerium und das Ministerium für Sozialpolitik sowie Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände – konzentrieren sich weiterhin darauf, die unmittelbaren Auswirkungen des Krieges zu mildern und gleichzeitig die

6,1 Prozent erforderlich wäre, wenn die Gesamtbeschäftigung den Vorkriegstrends folgen würde – ein Wert, der doppelt so hoch ist wie der jüngere historische Durchschnitt. Ein drittes Szenario zeigt das angenommene BIP-Wachstumsdefizit, wenn Beschäftigung und Produktivität den Vorkriegstrends folgen.

²² IAO, *Prospects for achieving Ukraine's 2032 GDP target: A labour market perspective (September 2023)*, December 2023.

²³ Ukrainische Nationalbank, *Business Outlook Survey, Q3 2023*, November 2023, und Ukrainische Nationalbank, *NBU 2023 Inflation Update*, 11. Januar 2024.

²⁴ IAO, *World Employment and Social Outlook: Trends 2023*, Januar 2024.

Grundlagen für eine rasche Erholung und einen baldigen Wiederaufbau sowie die Integration in die EU zu schaffen. In dieser Hinsicht haben sie bekräftigt, dass die internationale Unterstützung für die Ukraine humanitäre, finanzielle und entwicklungsbezogene Hilfe parallel umfassen muss.

14. Nach dem Beschluss des Europäischen Rates zur Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen will das Wirtschaftsministerium seine ehrgeizige Rechtsreformagenda beschleunigen. Zu den Maßnahmen, die im Rahmen dieser Agenda ergriffen werden, zählen unter anderem:
 - a) die Ausarbeitung des Entwurfs eines neuen Arbeitsrechts, der den Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft bald zur Diskussion vorgelegt werden soll;
 - b) die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs über die Beilegung kollektiver Arbeitsstreitigkeiten, der derzeit von der IAO fachlich geprüft wird;
 - c) die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs über den sozialen Dialog, den die im Rahmen des nationalen Schlichtungs- und Vermittlungsdiensts eingerichtete dreigliedrige Arbeitsgruppe derzeit erörtert;
 - d) eine Überprüfung des Mindestlohnsystems im Licht des (von der Ukraine ratifizierten) Übereinkommens (Nr. 131) über die Festsetzung von Mindestlöhnen, 1970, und der EU-Richtlinie 2022/2041 über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union, worum die IAO ersucht hat;
 - e) eine Funktionsanalyse der staatlichen Arbeitsverwaltung zur weiteren Modernisierung der Leistungserbringung, die von einem Dienstleister durchgeführt und von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung finanziert wird und die von dem IAA und zwei nationalen Arbeitsverwaltungen der Europäischen Union fachlich begutachtet werden soll.
15. Zusätzlich werden derzeit eine Reihe von Politiken und Strategien überprüft oder umgesetzt. Dazu zählen:
 - a) die nationale demografische Strategie, in die fachliche Beiträge von internationalen Partnern, einschließlich der IAO, einfließen werden;
 - b) die Sozialschutzprogramme verschiedener Akteure der humanitären Hilfe und des sozialen Schutzes, um im Rahmen der Initiative *Perekhid* (nach dem ukrainischen Wort für „Übergang“) die Koordinierung und Nachhaltigkeit zu verbessern;
 - c) die nationale Strategie zum geschlechtsspezifischen Lohngefälle, die mit Unterstützung des IAA erarbeitet und im September 2023 angenommen wurde;
 - d) eine Strategie zur Verbesserung der psychischen Gesundheit und der psychosozialen Unterstützung, auch in der Arbeitswelt.
16. Die staatliche Arbeitsverwaltung hat ihren Ausgabenanteil für aktive Arbeitsmarktprogramme durch Mittel aus der obligatorischen staatlichen Arbeitslosenversicherungskasse kräftig (von 4 Prozent im Jahr 2022 auf 31 Prozent im Jahr 2023) erhöht. 2023 erhielten insgesamt 660.000 Arbeitssuchende Leistungen, und 295.000 Arbeitssuchende fanden daraufhin eine neue Beschäftigung. Rund 11.000 Männer und Frauen erhielten Zuschüsse zur Gründung eines eigenen Unternehmens und schufen 35.000 neue Arbeitsplätze, während 50.000 eine Schulung oder Umschulung erhielten. Insgesamt 74.000 Männer und Frauen nahmen an öffentlichen Arbeitsprogrammen teil, und 20.000 wurden im Rahmen der subventionierten Beschäftigungsprogramme in Arbeit vermittelt. Zudem wurden mit einem Dekret vom 14. September

2023 die Arbeitslosenleistungen erhöht, um den steigenden Lebenshaltungskosten Rechnung zu tragen.

17. Erstmals stellte die staatliche Arbeitsverwaltung Mittel zur Verfügung, um für 63 Menschen mit Behinderungen angemessene Vorkehrungen am Arbeitsplatz zu treffen. Die Regierung plant, diese Programme im Jahr 2024 mit insgesamt 7 Milliarden ukrainischen Hrywnja aufzustocken und damit 200.000 Ukrainer direkt zu unterstützen. Jedoch wird zusätzliche externe Unterstützung gebraucht, um den Beschäftigungsbedarf der 2,8 Millionen arbeitslosen Menschen des Landes zu decken. Weitere Unterstützung ist zudem erforderlich, um ukrainische Arbeitgeber für die Möglichkeiten, Kosten und Pflichten einer Inklusion von Menschen mit Behinderungen in ihre Belegschaft zu sensibilisieren. Das Amt steht in Gesprächen mit internationalen Partnern, um in dieser Hinsicht ein breiteres Unterstützungsprogramm aufzustellen.
18. Die Unterstützung des IAA für die staatliche Arbeitsverwaltung bestand 2023 im Wesentlichen in der Funktionsprüfung der Behörde und der Erleichterung eines dreigliedrigen Konsenses über den neuen Gesetzentwurf über Arbeitsschutz (der dem Parlament seit März 2023 vorliegt), die überarbeitete Satzung der Behörde und die Weiterentwicklung ihrer präventiven Leistungserbringung unter Kriegsrecht. Der dreigliedrige Konsens über Letzteres führte zur Formalisierung von mehr als 120.000 Beschäftigten im Jahr 2023. Die staatliche Arbeitsverwaltung informiert Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch weiterhin zu den Arbeitsbeziehungen unter Kriegsrecht und hat Flüchtlinge mit kostenloser Rechtsberatung zu den Arbeitsbeziehungen in ihren Aufnahmeländern unterstützt. Unterdessen bleiben die Lohnrückstände zwar eine Herausforderung und sind 2023 sogar leicht gestiegen (auf 2.950 Millionen Hrywnja oder rund 78 Millionen US-Dollar), doch die staatliche Arbeitsverwaltung hat 71 Prozent der wirtschaftlich aktiven Unternehmen mit Lohnrückständen geholfen, ihre Schulden umzustrukturieren und beschlossene Zahlungspläne einzuhalten. Probleme gibt es nach wie vor mit den Lohnrückständen insolventer und wirtschaftlich inaktiver Unternehmen, die 18,6 Prozent aller Rückstände ausmachen. Mit Hilfe des IAA hat die staatliche Arbeitsverwaltung auch Fachwissen zur Förderung der psychosozialen Unterstützung am Arbeitsplatz entwickelt. Inspektoren beraten Unternehmen nun bei praktischen Schritten für die Umsetzung.
19. Die nationale Behörde für den öffentlichen Dienst hat die IAO um ihr Fachwissen bei der Angleichung der nationalen Rechtsvorschriften an die internationalen Arbeitsnormen und den entsprechenden EU-Besitzstand im Zusammenhang mit dem Streikrecht für Beamte gebeten.
20. Die strategische Partnerschaft der IAO mit dem Büro der First Lady der Ukraine hat entscheidend dazu beigetragen, dass die Ukraine bei der Überwindung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles, vor allem durch die Annahme einer nationalen Strategie zu diesem Thema, durchgängig Fortschritte erzielt hat. Eine gemeinsame Veranstaltung während des Besuchs der Regionaldirektorin der IAO für Europa und Zentralasien im Oktober 2023 in Kiew hat diese Partnerschaft weiter gestärkt. Im November stellte eine Fachkraft für Gleichstellungsfragen des IAA die Ergebnisse des IAO-Simulators für Investitionen in die Betreuungspolitik für die Ukraine vor, in Anbetracht dessen, dass der Mangel an zugänglicher Kinderbetreuung eine der größten Herausforderungen für die Erwerbsbeteiligung von Frauen darstellt und dass die Überwindung dieses Defizits eine zentrale Säule der nationalen Strategie ist. Die Mitgliedsgruppen erkannten an, dass es sinnvoll ist, Betreuungskosten als Investition zu betrachten, äußerten jedoch Bedenken hinsichtlich der unmittelbaren Auswirkungen auf den Haushalt und baten darum, das Thema auch bei den Gebern anzusprechen. Das Amt unterstützt weiterhin Pilotprojekte für alternative Kinderbetreuungsangebote und fördert den Wissensaustausch mit der Republik Moldau, die in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte auf dem Gebiet der Kinderbetreuung erzielt hat.

21. Ferner hat das Amt seine Zusammenarbeit mit anderen Ministerien ausgebaut, darunter das Umweltministerium im Hinblick auf die kürzlich erfolgte Ratifizierung des Übereinkommens (Nr. 170) über chemische Stoffe, 1990, das Bildungsministerium im Hinblick auf eine auf digitale Technologien gestützte berufliche Aus- und Weiterbildung (E-TVET) und Kinderbetreuung und die entsprechenden Parlamentsausschüsse.

Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände

22. Die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sind weiterhin funktionsfähig, werden jedoch durch den Krieg stark beeinträchtigt. Die Sorge um die finanzielle Tragfähigkeit der Tätigkeit der Sozialpartner aufgrund des Verlusts von Mitgliedsbeiträgen besteht fort. Abgesehen von einigen Spenden von Schwesterorganisationen erhalten die Sozialpartner keine finanzielle Unterstützung. Mit dem Beginn der nächsten Phase der Integration in die EU werden die Sozialpartner zusätzliche Unterstützung benötigen, um ihre Aufgaben in den Foren der EU für sozialen Dialog zu erfüllen und ihrer Verantwortung gegenüber ihren Mitgliedern gerecht zu werden.
23. Nach Angaben der drei nationalen Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in der Ukraine weiten Unternehmen ihre Geschäftstätigkeit angesichts einer wirtschaftlichen Erholung im letzten Quartal 2023 aus; dies spiegelt sich auch in breiteren Geschäftsklimaumfragen wider.²⁵ Dennoch ist die Wirtschaftstätigkeit in der Ukraine durch die Zerstörung von Produktionsanlagen, Stromausfälle, die Unterbrechung von Logistikwegen und die Verminung landwirtschaftlicher Flächen weiterhin stark eingeschränkt, was sich auch negativ auf die Exportfähigkeit des Landes auswirkt.
24. Die Föderation der Arbeitgeber der Ukraine hat mit Hilfe des IAA die Vermittlung von Geschäftskontakten und die Förderung ukrainischer Produzenten auf dem EU-Markt über das neu eingerichtete Ausfuhr-Helpdesk weiter erleichtert. Zudem wurden mehr als 360 Unternehmen im Bereich der EU-Handelsvorschriften geschult und im Anschluss daran gezielt beraten. Das Helpdesk soll um zusätzliche Dienstleistungen erweitert werden, die ukrainischen Unternehmen beim Zugang zum EU-Markt und bei der Einhaltung der damit verbundenen neuen Rechtsvorschriften helfen. Die Vereinigung der Arbeitgeberverbände der Ukraine beteiligt sich an einer neuen, von dem IAA unterstützten Initiative, die darauf abzielt, zur Behebung des Arbeitskräftemangels versuchsweise Kinderbetreuungsangebote in Unternehmen einzuführen. Der Bund der Arbeitgeber der Ukraine hat mit Unterstützung des IAA die Einführung eines neuen Online-Dienstes abgeschlossen, der Unternehmen bei der Einstellung, Bindung und Integration von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsplatz Orientierung bietet. Eine Kampagne wurde durchgeführt, um für die Vorteile einer solchen Integration zu sensibilisieren und eine innovative und inklusive Praxis zu fördern. Der Bund der Arbeitgeber der Ukraine hat sich auch dem Globalen Netzwerk Wirtschaft und Behinderung der IAO angeschlossen.
25. Die beiden wichtigsten nationalen Gewerkschaftsverbände – die Föderation der Gewerkschaften der Ukraine und der Bund der freien Gewerkschaften der Ukraine – leisten weiterhin Hilfe für Binnenvertriebene, insbesondere durch die Bereitstellung von Unterkünften und die Verteilung von Lebensmitteln. Insgesamt bleibt die Lage für die Gewerkschaften wegen der Verluste von Mitgliedsbeiträgen und der Zerstörung von Einrichtungen durch Luftangriffe schwierig. Beide Organisationen sind kürzlich dem Europäischen Gewerkschaftsbund beigetreten.

²⁵ Ukrainische Nationalbank, *Business Outlook Survey*, Q3 2023, November 2023.

26. Die Beschäftigten in den von den russischen Streitkräften besetzten Gebieten berichten nach wie vor über Verletzungen ihrer Arbeitnehmerrechte. In an den Generaldirektor gerichteten Schreiben vom 2. November und 7. Dezember 2023 berichtete der Globale Gewerkschaftsbund IndustriALL (IndustriALL), dass Arbeitnehmer, die der Gewerkschaft Atomprofspilka – einer seiner Mitgliedsorganisationen – angehören, aus dem Kernkraftwerk Saporischschja entführt worden seien, und bat die IAO um Hilfe bei der Suche nach ihnen und ihrer Befreiung. Im besetzten Saporischschja gründete die Föderation unabhängiger Gewerkschaften Russlands – eine russische Gewerkschaft – eine Gebietsgewerkschaft im Rahmen ihrer eigener Organisationsstruktur und stellte damit die Arbeit ukrainischer Gewerkschaften vor Probleme. Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) hat unterdessen erneut ihre Besorgnis über das psychische Wohlergehen der Beschäftigten in der Atomindustrie zum Ausdruck gebracht.²⁶ Nach Ansicht des Sachverständigenausschusses für die Durchführung der Übereinkommen und Empfehlungen gilt diese Sorge auch dem Personal am Standort Tschernobyl. Das Vorhandensein gerichteter Antipersonenminen bei der Anlage Saporischschja ist mit den Standards der IAEO für Sicherheit und nukleare Sicherung unvereinbar und für die Beschäftigten enorm belastend. Der Sachverständigenausschuss drängte auf eine verstärkte Umsetzung des Übereinkommens (Nr. 115) über den Strahlenschutz, 1960, mit dem Ziel, den wirklichen Schutz der Arbeitnehmer vor ionisierenden Strahlen bei der Arbeit zu gewährleisten.²⁷
27. Die Situation der Lehrer in den besetzten Gebieten ist nach wie vor katastrophal.²⁸ Das Hohe Kommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) berichtete von mindestens einem Fall, in dem eine Lehrerin von ihrem Vorgesetzten wiederholt gedrängt wurde, einen russischen Pass zu beantragen.²⁹ Nach Angaben der ukrainischen Lehrergewerkschaften und der Bildungsinternationale sollen Lehrkräfte gezwungen worden sein, im Unterricht pro-russische Lehrpläne und Propaganda einzusetzen und russischen Gewerkschaften beizutreten. Ferner werden zur Durchsetzung dieser Maßnahmen Schulleiter, Kinder und ihre Familien genötigt, Lehrkräfte, die den Forderungen der Besatzungskräfte nicht nachkommen, anzuzeigen.³⁰
28. Das Amt hält weiterhin regelmäßige Zusammenkünfte mit der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation und Vertretern der ukrainischen Regierung, der ukrainischen Gewerkschaft der Beschäftigten im Seeverkehr, der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF), der Internationalen Schifffahrtskammer und mehreren Wohlfahrtsverbänden für Seeleute zu den Auswirkungen der Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine auf Seeleute ab. Am 16. Oktober 2023 unternahm der Generaldirektor auf Ersuchen der ITF eine dringende Intervention bei der Regierung der Russischen Föderation im Hinblick auf die Erklärung der ITF zu einer unerwünschten Organisation. Dieser Erklärung zufolge drohen denjenigen, die mit der ITF zusammenarbeiten, nach russischem Recht Geld- und Haftstrafen, was ernste

²⁶ Gouverneursrat der IAEO, *Nuclear Safety, Security and Safeguards in Ukraine*, Bericht des Generaldirektors, 16. November 2023.

²⁷ IAO, *Direct request of the Committee of Experts on the Application of Conventions and Recommendations concerning the Safety and Health in Mines Convention, 1995 (No. 176), Ukraine, adopted in 2022*.

²⁸ Neue Untersuchungen zweier internationaler Menschenrechtsorganisationen, die sich auf Besuche bei Lehrkräften, Schulbeamten und betroffenen Familien stützen, kommen zu dem Ergebnis, dass Einschüchterung und Nötigung für Familien, Kinder und Lehrkräfte tägliche Realität sind. Siehe Amnesty International, *Ukraine: Children's education is one more casualty of Russian aggression*, Research Briefing, Dezember 2023, und Human Rights Watch, *Tanks On the Playground: Attacks on Schools and Military Use of Schools in Ukraine*, November 2023.

²⁹ OHCHR, *Report on the human rights situation in Ukraine: 1 February – 31 July 2023*, 5. Oktober 2023.

³⁰ Bildungsinternationale, „*Ukraine: Education International condemns Russian attacks against teachers and education in occupied territories*“, 30. September 2022.

Bedenken hinsichtlich der Vereinigungsfreiheit aufwirft. Anfang Februar 2024 gab es besorgniserregende Nachrichten, denen zufolge das Justizministerium der Russischen Föderation IndustriAll ebenfalls offiziell als unerwünschte Organisation eingestuft wurde.

29. Die ukrainische Gewerkschaft der Beschäftigten im Seeverkehr hat erneut ihre Besorgnis über die kriegsbedingte Schwächung der Position der ukrainischen Seeleute in der weltweiten Seeverkehrsbranche zum Ausdruck gebracht. Die Ukraine, die traditionell zu den fünf wichtigsten Herkunftsländern von Arbeitskräften für die Seeschifffahrt zählt, könnte diese Position im Lauf der Zeit einbüßen. Die Gewerkschaft äußert sich weiterhin besorgt über die einseitige Aufkündigung der Schwarzmeer-Getreide-Initiative durch die Russische Föderation und die Risiken für Seeleute an Bord von Schiffen, die den von der Ukraine als Reaktion auf die Aufkündigung der Initiative eingerichteten einseitigen Exportkorridor passieren.
30. Angesichts der Berichte von Gewerkschaften über Verletzungen der grundlegenden Rechte ihrer Mitglieder bei der Arbeit in den besetzten Gebieten der Ukraine setzt die IAO ihre Zusammenarbeit mit dem OHCHR und insbesondere mit der UN-Mission zur Überwachung der Menschenrechtssituation in der Ukraine fort. Das Amt und das OHCHR prüfen derzeit Möglichkeiten, wie die Mitarbeiter des OHCHR im Rahmen des umfassenderen Menschenrechtsmandats ³¹ besser in die Lage versetzt werden können, Verletzungen der Arbeitnehmerrechte in okkupierten und deokkupierten Gebieten festzustellen.

Entwicklungszusammenarbeit

31. Die IAO-Regionaldirektorin für Europa und Zentralasien besuchte im Oktober 2023 mit einer Delegation von IAA-Bediensteten Kiew und die Umgebung. Es fanden Treffen mit den Ministerien für Wirtschaft und Sozialpolitik, den Sozialpartnern, wichtigen Mitgliedern des ukrainischen Parlaments, dem Privatsektor, Schwesterorganisationen der Vereinten Nationen (UN) und internationalen Entwicklungspartnern statt. In den Gesprächen wurde die Notwendigkeit einer langfristigen Unterstützung durch das IAA deutlich. Vor allem die humanitären Akteure und Entwicklungspartner sahen Unterstützungsbedarf durch das IAA im Hinblick darauf, beim Übergang von der humanitären Hilfe zur nachhaltigen Arbeitsmarktentwicklung Orientierung zu geben und die Achtung der Grundsätze menschenwürdiger Arbeit während der Erholung und des Wiederaufbaus sicherzustellen. Der Beschluss der IAO, ein Landesbüro in Kiew zu eröffnen, wurde allgemein begrüßt, auch von den Entwicklungspartnern, die die Bedeutung einer starken Präsenz für erfolgreiche Projekte der Entwicklungszusammenarbeit hervorhoben.
32. Das unmittelbare Ergebnis der Mission war die Ausarbeitung der Übergangskooperationsstrategie der IAO für die Ukraine 2024–25, die von den Mitgliedsgruppen in der Ukraine begrüßt wurde. Nach der Strategie wird die Arbeit des IAA in der Ukraine neu strukturiert und auf drei Säulen ausgerichtet: i) Investitionen in Menschen, ii) die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze und nachhaltiger Unternehmen und iii) die Verbesserung der Arbeitsmarktsteuerung und des sozialen Dialogs. Die Strategie wird das bestehende Landesprogramm für menschenwürdige Arbeit (DWCP) für 2020–24 ergänzen und den Weg für die Erörterung eines neuen DWCP im Jahr 2025 im Einklang mit dem UN-Kooperationsrahmen für nachhaltige Entwicklung für die Ukraine ebnen.
33. Neben der Anpassung an die sich seit den ersten Kriegsphasen verändernden Erfordernisse zielt die Strategie darauf ab, die Kohärenz zwischen der Projektunterstützung und den umfas-

³¹ Einzelheiten zum Mandat der UN-Mission zur Überwachung der Menschenrechtssituation in der Ukraine finden Sie auf der [Website des OHCHR](#).

senderen politischen Rahmenkonzepten für die Arbeitswelt in der Ukraine zu verbessern. Die Strategie wurde den dreigliedrigen Mitgliedsgruppen zur abschließenden Prüfung und Billigung vorgelegt. Das Amt wird mit den Entwicklungspartnern in Kontakt bleiben, um sicherzustellen, dass für die Umsetzung der Strategie angemessene Unterstützung bereitgestellt werden kann. In Abstimmung mit den ukrainischen Mitgliedsgruppen und Entwicklungspartnern werden derzeit verschiedene Projekt- und Programmvorschläge ausgearbeitet.

34. Im Rahmen von Säule 3 der Strategie unterstützt das Amt die Mitgliedsgruppen bei der Entwicklung eines Fahrplans für den sozialen Dialog, der mit den Anforderungen der internationalen Arbeitsnormen und des entsprechenden EU-Besitzstands in Einklang steht. Während einer Schulungs- und Selbstbewertungsmaßnahme für den nationalen Vermittlungs- und Schlichtungsdienst und die Sozialpartner, die im November 2023 am Internationalen Ausbildungszentrum der IAO stattfand, wurden fruchtbare Diskussionen geführt. Der Fahrplan wird den ukrainischen Mitgliedsgruppen helfen, einen Weg zu finden, wie die besonderen Umstände des Kriegsrechts mit der Notwendigkeit, die Dreigliedrigkeit zu stärken und wirksame Mechanismen des sozialen Dialogs zu entwickeln, vereinbart werden können.
35. Die Arbeit an den verschiedenen fachlichen Prioritäten, die die Mitgliedsgruppen bei den Tagungen in Genf im April und Juni 2023 sowie bei dem Besuch in Kiew im Oktober 2023 hervorgehoben hatten, wurde in den Rahmen der neuen Übergangskooperationsstrategie integriert und schreitet voran.
36. Die von der Regierung erbetenen Beschäftigungsprognosen wurden im Dezember veröffentlicht und sind bereits in das Kapitel Bildung des kommenden Staatshaushalts eingeflossen. Die Prognosen sind ein wesentlicher Beitrag zur Formulierung einer hochwertigen demografischen Strategie als Antwort auf die wachsende Besorgnis der ukrainischen Mitgliedsgruppen und der internationalen Gemeinschaft, dass ein Arbeitskräftemangel die wirtschaftliche Erholung verhindern könnte. Die Phase der Hintergrundforschung und Datenerfassung für die versicherungsmathematische Bewertung des Rentensystems ist fast beendet und wird die Grundlage für die Entwicklung der zweiten Phase der Bewertung bilden, die bis Ende des Jahres abgeschlossen sein soll.
37. Daneben arbeitet die IAO zunehmend mit anderen UN-Organisationen zusammen. Seit 2022 ist das Amt eng in die Arbeit der vom Hohen Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) und vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) gemeinsam geleiteten regionalen Arbeitsgruppe für sozioökonomische Inklusion für die Ukraine eingebunden, nimmt an deren regelmäßigen Koordinierungssitzungen teil und trägt zu ihren Wissensprodukten bei. Über diesen Mechanismus leistete das Amt einen Beitrag zum regionalen Plan für Flüchtlingshilfemaßnahmen 2024, der am 15. Januar 2024 unter Beteiligung der IAO vorgelegt wurde. Darüber hinaus förderten die IAO und das UNHCR im Einklang mit ihrem gemeinsamen Aktionsplan 2023–25 die Umsetzung des Nexus Humanitäre Hilfe – Entwicklungszusammenarbeit – Friedensförderung.³² Derzeit werden gemeinsame programmatische Ansätze mit dem UNHCR für lokale Beschäftigungspartnerschaften und umfassendere Ansätze zur Sicherung des Lebensunterhalts in den vom Krieg stärker betroffenen Regionen sowie mit der Internationale Organisation für Migration (IOM) für eine umfassendere demografische Strategie und den damit verbundenen Kapazitätsaufbaubedarf entwickelt, um die Eingliederung von Rückkehrern, Arbeitsmigranten, Frauen, Menschen mit Behinderungen und Veteranen in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

³² IAO und UNHCR, *ILO-UNHCR Joint Action Plan 2023–25*, Juni 2023.

38. In Abstimmung mit dem Ministerium für Sozialpolitik nahm das Amt Kontakt zu Mitgliedern der Fazilität für fachliche Hilfe der organisationsübergreifenden Initiative *Perekhid* auf, die im Mai 2023 ins Leben gerufen wurde. Ziel der Initiative ist es, Empfehlungen für den Übergang von humanitärer Hilfe und Geldtransfers zu einem nationalen Sozialschutzsystem zu entwickeln, das Schocks auffangen kann. Die Initiative dient dazu, die verschiedenen Sozialschutzmaßnahmen in der Ukraine zu koordinieren und sie mit den Politikempfehlungen der IAO abzustimmen, die sich aus der versicherungsmathematischen Bewertung des Rentensystems ergeben. Auf Anregung des Ministeriums hat das Amt einen formellen Antrag auf Mitgliedschaft in der Plattform gestellt.
39. Das Amt hat in den letzten Monaten auch aktivere Kontakte mit internationalen Finanzinstitutionen gepflegt. Fruchtbare Gespräche fanden mit dem Leiter der Mission des Internationalen Währungsfonds (IWF) in der Ukraine statt, der die Synergien zwischen den Bemühungen des IWF zur Stärkung der öffentlichen Finanzen und der fachlichen Beratung der IAO zur Formalisierung und zu den Rentenausgaben hervorhob. Beide Seiten waren sich einig, wie wichtig es ist, sich während der Erholungsphase abzustimmen. Das Amt wandte sich auch an den Vertreter der Weltbank in der Ukraine, um Erfahrungen in Bezug auf politische Leitvorgaben für Sozialversicherungs- und Rentenreformen und die Schutzmaßnahmen im Zusammenhang mit internationalen Arbeitsnormen im Kreditportfolio der Weltbank auszutauschen. Aus den informellen Treffen ergab sich ein Bekenntnis zur verstärkten technischen Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen mit der Zusicherung, dass die Umwelt- und Sozialstandards 2 (ESS 2) der Weltbankgruppe Anwendung finden, um künftige potenzielle negative soziale Auswirkungen der Wiederaufbauphase abzumildern. Das Amt arbeitete mit der Weltbank auch bei der dritten schnellen Schadens- und Bedarfsbewertung zusammen. Das Wirtschaftsministerium hat mit Unterstützung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung das IAA eingeladen, dem beratenden Sachverständigenausschuss beizutreten, der die fachliche Aufsicht und Koordinierung für die im Dezember 2023 eingeleitete Funktionsanalyse der staatlichen Arbeitsverwaltung der Ukraine übernimmt. Das Engagement des IAA in enger Zusammenarbeit mit der Bank und den anderen internationalen Partnern wird das Ministerium bei der Entwicklung eines Reformwegs und der Bewertung des Kapazitätsaufbaubedarfs zur Modernisierung der staatlichen Arbeitsverwaltung und Gewährleistung ihrer Effektivität im Krieg und auf längere Sicht unterstützen.

Situation der IAA-Bediensteten in der Ukraine

40. Das IAA beschäftigt in ihrem Landesbüro für die Ukraine in Kiew derzeit zwölf Mitarbeiter, darunter der neu ernannte Direktor des Landesbüros. Dieses belegt seit kurzem zusätzlichen Büroraum an dem Standort, den es mit dem UNHCR teilt, um das wachsende Team unterzubringen. Aufgrund der verstärkten russischen Luftangriffe auf Kiew und andere Städte in der Ukraine seit Beginn des Winters ist der Alltag der IAA-Mitarbeiter weiterhin belastend. Internationale Bedienstete haben Anspruch auf regelmäßige Ruhe- und Erholungsphasen außerhalb der Ukraine, und das Amt hat zusätzliche Maßnahmen ergriffen, um die Belastung der nationalen Bediensteten zu mindern, auch durch die Gewährung zusätzlicher Urlaubstage. Die Personalvertretung unterstützte eine Klausur, die zum Teil der psychischen Gesundheit gewidmet war. Die Fürsorgepflicht hat für das Amt weiterhin höchste Priorität.
41. Das Amt beobachtet die allgemeine Sicherheitslage weiterhin genau und ist gleichzeitig bestrebt, seine operative Kapazität in der Ukraine zu erhöhen. Die Verhandlungen mit der ukrainischen Regierung über die Unterzeichnung eines Gastlandabkommens schreiten voran.

► Auswirkungen auf die Mitgliedsgruppen der IAO sowie auf die Durchführung der Landesprogramme für menschenwürdige Arbeit und die Entwicklungszusammenarbeit in anderen betroffenen Ländern in der Region

42. Wie bereits erwähnt, verzeichnen die Länder im Südkaukasus und in Zentralasien ein positives Wirtschaftswachstum, wenn auch begleitet von hohen Inflationsraten, die sich negativ auf die Preise für Wohnen und Energie auswirken, während die Arbeitslosigkeit in Mittel- und Westeuropa weiterhin niedrig ist. Dennoch wird eine gezielte Unterstützung der Mitgliedsgruppen ausschlaggebend dafür sein, die negativen Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte weiter zu minimieren.
43. In der Republik Moldau ist die Umsetzung des DWCP dank des starken politischen Willens, der Unterstützung durch die Geber und der verstärkten Partnerschaften auf gutem Weg, die angestrebten Ergebnisse herbeizuführen.³³ Zur Unterstützung der DWCP-Aktivitäten wurden die folgenden zusätzliche Ressourcen mobilisiert: i) Die Schweiz stellte einen Betrag von 2 Millionen US-Dollar zur Verfügung, um den Zugang zu besseren Arbeitsplätzen, Qualifikationen und Arbeitsbedingungen zu ermöglichen; ii) ein weiterer Betrag von 2 Millionen Euro wurde bei der Europäischen Union mobilisiert, um die Reformen der staatlichen Arbeitsaufsicht und der nationalen Arbeitsagentur zu unterstützen; iii) und ein Betrag von 1,5 Millionen Euro wurde bei der Austrian Development Agency und dem Liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED) mobilisiert, um grüne Kompetenzen im Bereich der erneuerbaren Energien in der Republik Moldau zu fördern. Für ein vierjähriges gemeinsames Programm mit der Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Stärkung der Frauen (UN-Women) zur wirtschaftlichen Stärkung der Frauen, das 2024 anlaufen soll, bestehen vielversprechende Aussichten auf eine Finanzierung durch die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit. Der Gesamtwert des Programms beläuft sich auf 4 Millionen Euro.
44. In Georgien wird derzeit das erste DWCP ausgearbeitet, das sich auf zwei Schwerpunktbereiche konzentriert: verbesserten sozialen Dialog und gerechte Übergänge zur Anpassung an den wirtschaftlichen Wandel. Zentrale Bereiche der IAA-Unterstützung sind die Einführung eines Mechanismus zur Festsetzung von Mindestlöhnen, eines Mechanismus zur Beilegung kollektiver und individueller Arbeitsstreitigkeiten und einer Arbeitslosenversicherung, die Entwicklung von Qualifikationen, der Übergang zur Formalität, Arbeitsschutz und die Ausweitung von Kollektivverhandlungen. Derzeit werden Ressourcen mobilisiert, damit die Umsetzung des DWCP Mitte 2024 beginnen kann.
45. Zur Unterstützung der Gewerkschaften in der Region führten das Büro für Tätigkeiten für Arbeitnehmer und das Internationale Ausbildungszentrum der IAO im Oktober 2023 einen Kurs über menschenwürdige Arbeit, Frieden und Resilienz durch. Arbeitnehmervertreter aus der Republik Moldau, Polen, Rumänien, der Slowakei, der Ukraine und Ungarn erhielten eine Schulung zur Umsetzung der Empfehlung (Nr. 205) betreffend Beschäftigung und menschenwürdige Arbeit für Frieden und Resilienz, 2017, deren zentraler Gegenstand die Schaffung von

³³ Das DWCP der Republik Moldau deckt den Zeitraum 2021–24 ab. Es hat drei Prioritäten: inklusive und produktive Beschäftigung für junge Menschen, wirksamen Schutz bei der Arbeit und verbesserten sozialen Dialog. Zwischen 2021 und 2024 sollen acht Ergebnisvorgaben erreicht werden, und zu allen acht Ergebnissvorgaben wurden bereits Aktivitäten eingeleitet, die gut vorankommen.

Beschäftigungsmöglichkeiten und die Förderung menschenwürdiger Arbeit in konflikt- und katastrophenbedingten Krisensituationen ist.

46. Das DWT/CO-Moskau bietet weiterhin fachliche Zusammenarbeit und Hilfe für alle Länder der Subregion außer der Russischen Föderation und Belarus,³⁴ und zwar mit den erforderlichen Anpassungen, einschließlich der Verkleinerung des Büroraums in Moskau. Der Modus Operandi bleibt wie im letzten Bericht dargelegt, wobei internationale Bedienstete die Wahl haben, vorübergehend in die Räumlichkeiten der IAO in Budapest zu arbeiten. Das IAO-Regionalbüro für Europa und Zentralasien verfolgt die Entwicklung der Situation, auch im Hinblick auf Kosten und Nutzen der derzeitigen Organisationsstruktur, und arbeitet außerdem mit den Mitgliedsgruppen der Subregion und Gebern zusammen, um auf neu entstehende Bedürfnisse und Möglichkeiten einzugehen. Zu diesem Zweck legen der Generaldirektor, die Regionaldirektorin und ihr Stellvertreter besonderen Wert auf Reisen in die Subregion, um die Sichtbarkeit der IAO zu erhöhen und die Bedürfnisse der Mitgliedsgruppen wirksamer zu unterstützen. Bei einem Besuch in Armenien im Dezember 2023 bot der Generaldirektor verstärkte IAA-Unterstützung für Flüchtlinge an, die nach den jüngsten Feindseligkeiten in Armenien angekommen sind, und ermutigte die Regierung, den sozialen Dialog zu stärken. In Aserbaidshan soll demnächst ein neues DWCP für den Zeitraum 2024–28 unterzeichnet werden. Die Regierung Kasachstans hat das IAA um fachliche Hilfe auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes, des sozialen Dialogs und in anderen mit dem Mandat der IAO zusammenhängenden Bereichen ersucht und damit Möglichkeiten für dreigliedrige Gespräche über einen Fahrplan für die Zusammenarbeit eröffnet. In Usbekistan wurden die Bereiche der Zusammenarbeit erheblich ausgeweitet, indem Maßnahmen im Rahmen des Programms Better Work eingeleitet wurden, ein Fahrplan für das Globale Förderinstrument für Arbeitsplätze und Sozialschutz für gerechte Übergänge entwickelt wurde und Aktivitäten zur Unterstützung der Geschlechtergleichstellung gefördert wurden. Im Anschluss an den Besuch der Regionaldirektorin in Usbekistan im November 2023 genehmigte das deutsche Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ein Projekt der technischen Zusammenarbeit im Bereich Arbeitsaufsicht und Arbeitsschutz. Während des Besuchs wurden Konsultationen darüber geführt, wie die Arbeitsbedingungen in der gesamten Baumwolllieferkette weiter verbessert werden können. Für Februar 2024 ist die Entsendung einer hochrangigen Mission nach Turkmenistan geplant, um mit den dreigliedrigen Mitgliedsgruppen Bereiche der fachlichen Hilfe weiter zu erörtern, wobei der Schwerpunkt zunächst auf den grundlegenden Prinzipien und Rechten im Baumwollsektor liegt.

► Bereiche für weitere Maßnahmen

47. In einer interinstitutionellen Bewertung der sozioökonomischen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die Aufnahmegemeinschaften und der entstehenden Migrations- und Vertreibungsmuster wird ein stärkeres Engagement der IAO gefordert, um die Diskrepanz zwischen den Qualifikationen und den tatsächlichen Arbeitsplätzen vieler ukrainischer Flüchtlinge auf den Arbeitsmärkten der Aufnahmeländer anzugehen.³⁵ Das Amt wird weitere Gespräche mit Aufnahmeländern mit großer Flüchtlingsbevölkerung führen und den Wissensaustausch unterstützen. Die Sensibilisierung von Regierungen, Arbeitnehmern und Arbeitgebern für die

³⁴ Armenien, Aserbaidshan, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan.

³⁵ UNHCR und UNDP, *Socio-Economic Impacts of the War in Ukraine on Host Communities and Emerging Migration and Displacement Patterns*, erscheint demnächst.

Allgemeinen Grundsätze und operativen Leitlinien der IAO für faire Anwerbung kann zu einer sicheren Rückkehr von Flüchtlingen beitragen.

48. Das Amt ist bestrebt, seine Kapazitäten für die Leistungserbringung mit Blick auf den Wiederaufbau und die Erholung in der Ukraine sowie auf die bessere Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen und Aufnahmegemeinschaften in anderen betroffenen Ländern zu stärken, was sich mit den vorrangigen Bedürfnissen der ukrainischen Mitgliedsgruppen und den Ergebnissen der Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine 2023 in London deckt. Das Amt wird die Mitgliedsgruppen weiterhin dabei unterstützen, eine aktive Rolle bei den umfassenderen Bemühungen um Erholung zu spielen, auch im Hinblick auf die Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine 2024 in Berlin. Die Beiträge der IAO zur Wiederaufbaukonferenz werden über das IAO-Büro für Deutschland in Berlin und das IAO-Landesbüro in Kiew koordiniert.
49. Um seine laufende Unterstützung für den Wiederaufbau und die Erholung der Ukraine im Einklang mit den Grundsätzen menschenwürdiger Arbeit auszuweiten, wird das Amt die Übergangskooperationsstrategie der IAO für die Ukraine 2024–25 als Grundlage für die Zusammenarbeit mit Entwicklungspartnern zur Durchführung eines umfassenderen fachlichen Unterstützungsprogramms nutzen. Über die bestehenden Projekte hinaus hat das Amt im vergangenen Jahr große Anstrengungen in die analytische Arbeit investiert und damit die Grundlage für den Übergang zu einer mehr operativen Phase der Unterstützung geschaffen. Zahlreiche bilaterale Gespräche sind im Gang, und das Amt ist weiterhin in allen relevanten internationalen Foren präsent.
50. In allen Phasen dieses Prozesses steht das Amt in engem Kontakt mit den ukrainischen Mitgliedsgruppen, um sicherzustellen, dass die Unterstützung der IAO auf dem tatsächlichen Bedarf beruht und den dringendsten Bedürfnissen der Mitgliedsgruppen entspricht. Ein ähnlicher Ansatz wird auch in anderen betroffenen Ländern Europas und Zentralasiens verfolgt.
51. Nach dem Beschluss des Europäischen Rates, Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und der Republik Moldau aufzunehmen, wird das IAA die beiden Regierungen und ihre Sozialpartner im Hinblick auf die Angleichung an die internationalen Arbeitsnormen und den entsprechenden EU-Besitzstand sowie auf die aktive Beteiligung der Mitgliedsgruppen an den einschlägigen EU-Foren zu sozialem Dialog, Beschäftigung und Sozialschutz unterstützen. In einer kürzlich veröffentlichten Mitteilung über die EU-Erweiterungspolitik legte die Europäische Kommission den Schwerpunkt unter den Kompetenzbereichen der IAO auf die Verbesserung der Rechtsvorschriften über Arbeitsbeziehungen und Arbeitsschutz, die Schaffung eines förderlichen Umfelds für den zwei- und dreigliedrigen sozialen Dialog und die Stärkung der Beschäftigungspolitik. Ferner wies sie darauf hin, dass sie die Konsolidierung des zersplitterten beitragsunabhängigen Sozialschutzsystems und Maßnahmen zur Beseitigung von Defiziten bei der Nichtdiskriminierung im Zusammenhang mit Beschäftigung unterstützt.³⁶

► **Beschlussentwurf**

52. **Im Licht der in Dokument GB.350/INS/13 dargelegten Entwicklungen in der Ukraine und der auf seiner 344. Tagung (März 2022) angenommenen EntschlieÙung über die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine unter dem Aspekt des Mandats der**

³⁶ Europäische Kommission, *Ukraine 2023 Report*, November 2023, 108–111.

Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) sowie unter Berücksichtigung der auf seiner 350. Tagung geführten Diskussionen und erteilten Leitvorgaben hat der Verwaltungsrat:

- a) Kenntnis von den in dem Dokument enthaltenen Informationen genommen;**
- b) seine überaus tiefe Besorgnis über die anhaltende, von der belarussischen Regierung unterstützte Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine und ihre aktuellen Auswirkungen auf die dreigliedrigen Mitgliedsgruppen – Arbeitnehmer, Arbeitgeber und die demokratisch gewählte Regierung – in der Ukraine sowie auf die Arbeitswelt außerhalb der Ukraine bekräftigt;**
- c) die Russische Föderation erneut nachdrücklich aufgefordert, ihre Aggression unverzüglich und bedingungslos einzustellen und ihre Truppen aus der Ukraine abziehen;**
- d) die Russische Föderation ein weiteres Mal nachdrücklich aufgefordert, allen Verpflichtungen nachzukommen, die sich aus der Ratifizierung der IAO-Übereinkommen, einschließlich des Seearbeitsübereinkommens, 2006, in der geänderten Fassung (MLC, 2006), insbesondere in Bezug auf die Rückführung von Seeleuten und den Zugang zu medizinischer Versorgung, des Übereinkommens (Nr. 115) über den Strahlenschutz, 1960, in Bezug auf die Exposition von Arbeitnehmern gegenüber ionisierenden Strahlen bei ihrer Arbeit, und des Übereinkommens (Nr. 29) über Zwangsarbeit, 1930, sowie des dazugehörigen Protokolls von 2014 ergeben, und allen Arbeitnehmern, die derzeit unter ihrer Kontrolle arbeiten, den vollen Schutz dieser Übereinkommen zu gewährleisten;**
- e) erneut seine uneingeschränkte Unterstützung für die dreigliedrigen Mitgliedsgruppen in der Ukraine bekundet, den Generaldirektor ersucht, weiterhin auf die Bedürfnisse der Mitgliedsgruppen in der Ukraine einzugehen und die Bemühungen der IAO um Ressourcenmobilisierung auszuweiten, auch im Rahmen der anstehenden internationalen Geberkonferenzen für Erholung und Wiederaufbau, und die Ernennung des Direktors des IAO-Landesbüros für die Ukraine begrüßt;**
- f) den Generaldirektor ersucht, die Bemühungen um Ressourcenmobilisierung für andere betroffene Länder Osteuropas und Zentralasiens weiter zu verstärken;**
- g) den Generaldirektor ersucht, die Auswirkungen der Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine auf die Arbeitswelt weiterhin zu überwachen und dem Verwaltungsrat auf seiner 351. Tagung (Juni 2024) über die Entwicklungen vor dem Hintergrund der EntschlieÙung, namentlich über die fortdauernde Zusammenarbeit der IAO mit den maßgeblichen mit der Überwachung von Menschenrechtsverletzungen befassten UN-Organen und über die Situation der Seeleute und der Beschäftigten in der Atomindustrie, Bericht zu erstatten.**